

ZAK Talks 2023 im Rahmen der KIT Science Week

Einführung am Samstag, 14. Oktober 2023

Gesellschaft im Krisenmodus? Die Rolle von Wissenschaft, Politik und Journalismus in Nachhaltigkeitsdebatten

Von Senja Post

Die zweite *KIT Science Week* widmet sich den Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel. Ihr Thema „Zukunft gemeinsam nachhaltig gestalten“ impliziert die Frage, die wir in den ZAK Talks explizit machen wollen: „Welche Rolle spielen Wissenschaft, Politik und Medien in Nachhaltigkeitsdebatten?“

Die Frage nach der Rolle von Wissenschaft, Politik und Medien haben zunächst Klimaproteste, anschließend die Pandemie aktuell gemacht. Sie führten seit 2018 zu einer Reihe von Beiträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Hochschullehrer-Zeitschrift „Forschung und Lehre“, die ich in Vorbereitung auf unsere Veranstaltung durchgesehen habe.

Welche Rolle spielt Wissenschaft in der oder für die Politik, welche Rolle sollte sie spielen? Welche Rolle spielt die Politik in der oder für die Wissenschaft, welche Rolle sollte sie spielen und wie erscheinen Wissenschaft und Politik in der Öffentlichkeit – welche Vermittlungsleistung erbringen also die Medien und welche Vermittlungsleistung sollten sie erbringen?

Ich habe hierzu, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein paar Standpunkte zusammengetragen, die die Problemstellung des heutigen Austauschs umreißen sollen.

Einige Autoren vertreten die Auffassung, freie Wissenschaft sei eine Voraussetzung für Demokratie oder zumindest ein politisches Korrektiv. Der Wissenschaftshistoriker Michael Hagner (2021) beschreibt in seinem Beitrag ein Bündnis zwischen Wissenschaft und Demokratie, in welchem Demokratie als Voraussetzung für freie Wissenschaft und freie Wissenschaft als Voraussetzung für Demokratie gilt. Wissenschaft ist in diesem Bündnis politisch unabhängig und kultiviert im Gegenzug demokratierelevante Fähigkeiten wie kritisches Denken oder einen sachorientierten Argumentaustausch.

Diese Vorstellung vom Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sei zwar aufgrund eines wachsenden Interesses der Politik an innovationsrelevanter Forschung in den Hintergrund gerückt. Doch zumindest potenziell trage die Wissenschaft bei zur „demokratischen Emanzipation und zur argumentativen Wappnung gegen Fundamentalismen aller Art“ (S. 101).

Auch der Rechtswissenschaftler Klaus Ferdinand Gärditz (2023) sieht in der Wissenschaft eine aufklärerische Funktion im politischen Prozess, wenn er schreibt: „Wissenschaft ist eine besondere – und besonders schutzbedürftige – politische Gegenöffentlichkeit, weil sie durch den Anspruch, die Richtigkeit ihrer Argumente

überprüfbar und belegbar begründen zu können, den Annahmen widersprechen kann, die der politische Prozess generiert“ (S. 336).

Auch andere, wie der emeritierte Professor für Geschichte und ehemalige Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Jürgen Kocka (2020), schreibt der Wissenschaft eine korrigierende Funktion in der politischen Debatte zu: „Wissenschaftler müssen helfen (...), zu differenzieren, Grautöne zwischen Schwarz und Weiß zu ihrem Recht zu verhelfen, mit Augenmaß und Sinn für Proportion abzuwägen, und zwar öffentlich“ (S. 125).

Ich vermute, dass die normative Vorstellung, nach der Wissenschaft Politik und Gesellschaft zu offenen, rationalen, auf wissenschaftlich gesicherten Annahmen basierenden Entscheidungs- und Abwägungsprozessen verhelfen soll, mehr oder weniger Konsens ist, zumindest als Idealvorstellung.

Ich sehe trotzdem mindestens drei Probleme, deren Diagnose oder deren Adressierung vielleicht nicht so konsensfähig ist:

Erstens kann Wissenschaft nur dann als ein politisches Korrektiv fungieren, wenn Wissenschaftler und Politiker sich verstehen. Und das ist häufig deshalb nicht der Fall, weil beide laut Bernhard Kempen (2023), dem Völkerrechtler und langjährigen Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, unterschiedliche Denklagen haben: Politikern gehe es um Macht, also um Wählerstimmen. Politische Gestaltungsmacht hängt an Wählerstimmen. Die gibt es für definitive Lösungsversprechen, die die Menschen erwarten, vor allem in Krisensituationen. Dagegen gehe es Wissenschaftlern um die langfristige Suche nach Wahrheit. Auf die kann man sich wiederum nur begeben, wenn man sich Unsicherheiten und Wissenslücken stellt. Hier handelt es sich um eine Inkompatibilität zwischen Wissenschaft und Politik. In den Worten Kempens: „Der Satz ‚ich weiß nicht‘ gehört zu den politischen Tabusätzen. In der Wissenschaft steht er am Anfang eines jeden Forschungsantrags“ (S. 329).

Daraus ergibt sich ein zweites Problem, nämlich laut Kempen die „gesellschaftliche und folglich politische Lösungserwartung, die begrenzte wissenschaftliche Lieferfähigkeit und der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die Bühne der Politik“ (S. 329). Auf dieser Bühne gibt es für Wissenschaftler und Politiker jeweils problematische Versuchungen, für die Einzelne unter speziellen Bedingungen jeweils mehr oder weniger anfällig sein dürften: Wissenschaftler könnten versucht sein, beim Wissenstransfer auf politischer Bühne politisch Einfluss zu nehmen und dabei zuspitzen, auslassen, Unsicherheiten unerwähnt lassen. Politiker könnten versucht sein, ihre Entscheidungsverantwortung hinter „der Wissenschaft“ zu verstecken – im Sinne von: „Wir wollten ja die Schulen nicht schließen, aber die Modelle haben uns dazu gezwungen.“ Beides – die politische Einflussnahme durch Wissenschaftler und das Verstecken von Politikern hinter „der Wissenschaft“ in der Durchsetzung politischer Entscheidungen – wirft nicht nur Probleme für die Funktion von Wissenschaft als Korrektiv auf, sondern auch Fragen nach der demokratischen Legitimation, zu denen wir auf dieser Veranstaltung sicher noch einiges hören werden.

Drittens kann Wissenschaft nur dann als ein politisches Korrektiv fungieren, wenn die öffentliche Debatte das zulässt. Und hier gibt es mindestens zwei Voraussetzungen zu nennen. Politik lässt sich zum einen nur dann im Sinne wissenschaftlicher Erkenntnis korrigieren, wenn der Wissensstand, den Wissenschaftler an die Politik reichen, in etwa den Annahmen entsprechen, die in öffentlichen Debatten gemacht werden. Es gibt zahlreiche Hinweise, dass das nicht immer der Fall ist – zum Beispiel bei den gesundheitlichen Auswirkungen von Glyphosat, den Risiken neuer Gentechnik oder zahlreicher weiterer Beispiele.

Aus diesen Diskrepanzen zwischen dem wissenschaftlichen Sachstand und der Medienöffentlichkeit resultieren vermutlich auch die vermehrten politischen Programme zur Förderung von Wissenschaftskommunikation. Birgitta Wolff, frühere Wissenschaftsministerin in Sachsen-Anhalt und heutige Rektorin der Bergischen Universität Wuppertal, sagt im Interview mit der Zeitschrift „Forschung und Lehre“ (2023): „Ich habe die Forderung nach besserer Wissenschaftskommunikation stets so verstanden, dass die Politik will, dass Wissenschaft ihr dabei hilft, die wissenschaftlich fundierten Argumente auch politisch kommunizierbar zu machen.“ Ob das wiederum möglich ist, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Nachrichten- und Quellenauswahl im Journalismus den wissenschaftlichen Sachstand unverzerrt wiedergibt. Wenn das nicht der Fall ist, könnte es für die Politik schwierig sein, sich am wissenschaftlichen Sachstand zu orientieren. Zumindest würde sie damit Wählerstimmen aufs Spiel setzen.

Zum anderen lässt sich Politik nur dann im Sinne wissenschaftlicher Erkenntnis korrigieren, wenn sich die persönlichen Kosten, die Wissenschaftler für öffentliche Äußerungen in Kauf nehmen müssen, in Grenzen halten oder zumindest gleich verteilt sind. Auch diese Voraussetzung ist häufig nicht erfüllt, wenn man sich die öffentlichen Empörungswellen ansieht, denen Wissenschaftler zum Teil ausgesetzt sind, die als öffentliches Korrektiv fungieren wollen. Stellen Sie sich nur mal die Empörung vor, die ein Wissenschaftler hervorrufen würde, der in einer Talkshow aus guten wissenschaftlichen Gründen den Einsatz von Glyphosat befürworten würde. Und auch hier könnte man natürlich zahlreiche Beispiele machen.

Insgesamt müssen wir fragen, wie Medien bzw. Journalismus im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Problemstellungen, politischer Lösungsfindung und wissenschaftlich ermittelten Lösungsoptionen vermitteln können und sollen. Auch diese Frage wird Gegenstand dieser Veranstaltung sein.

Referenzen

- Gärditz, Klaus Ferdinand (2023). Wissenschaftliche Gegenöffentlichkeit braucht Distanz. Politik und Wissenschaft aus rechtswissenschaftlicher Sicht. *Forschung und Lehre*, 2023(5), 336-337.
- Hagner, M. (2021). Auf die Probe gestellt. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie. *Forschung und Lehre*, 2021(2), 100-102.
- Kempfen, Bernhard (2023). Wahrheit und Wählerstimmen. Über das prekäre Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. *Forschung und Lehre*, 2023(5), 329-330.
- Kocka, Jürgen (2020). Wissenschaft macht Politik. Beschädigt sie sich damit? *Forschung und Lehre*, 2020(2), 124-125.
- Wolff, Birgitta (2023). Kompetenzen respektieren, Grenzen beachten. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. *Forschung und Lehre*, 2023(5), 340-342.

Senja Post ist Professorin für Wissenschaftskommunikation mit dem Schwerpunkt Wirkung/Transfer am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie wissenschaftliche Leiterin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale.

[Zur YouTube Playlist der ZAK Talks 2023](#)